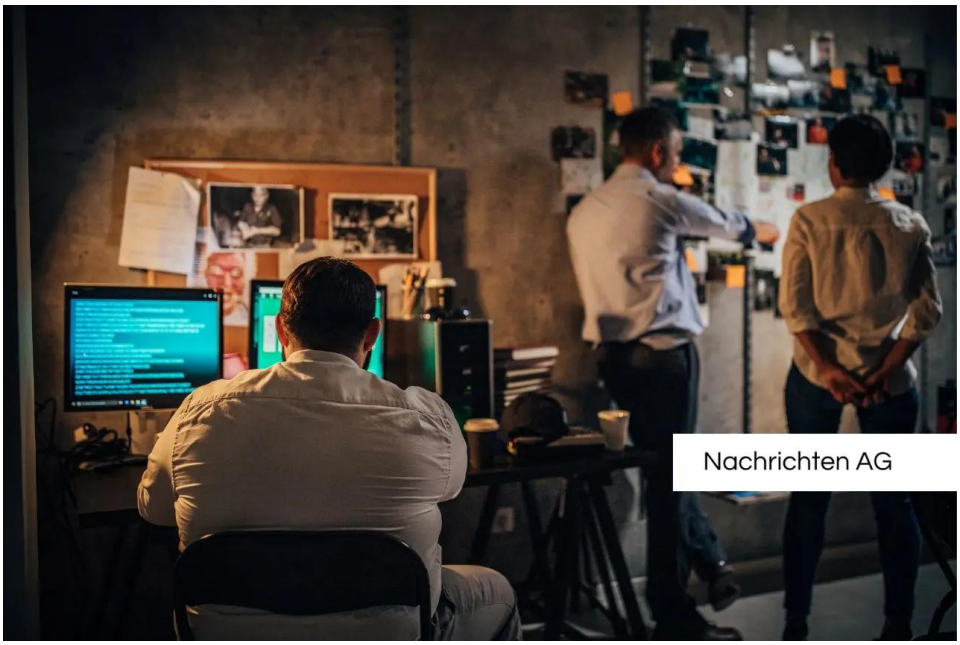
AKTUELLE NACHRICHTEN Deutschland NACHRICHTEN AG

27. April 2025

Saarlouis-Lisdorf: SEK-Einsatz nach Hilferufen aus Nachbarhaus!

Saarlouis: SEK-Einsatz nach Notruf in Lisdorf, mutmaßlicher Reichsbürger involviert, Entwarnung nach 2,5 Stunden.



Am 24. April 2025 kam es in Saarlouis-Lisdorf zu einem Großaufgebot der Polizei, nachdem ein Notruf eingegangen war. Eine Anruferin hatte Hilferufe aus einem benachbarten Haus vernommen. Der Anruf erfolgte um 11:30 Uhr und brachte die Behörden dazu, umgehend zu handeln.

Die betroffene Adresse war mit einem mutmaßlichen Reichsbürger verbunden, der in der Vergangenheit wiederholt Polizeibeamt:innen mit dem Tode gedroht hatte. Aufgrund dieser Bedrohungslage befürchtete die Polizei sowohl Eigen- als auch Fremdgefährdung. Daher wurde das Spezialeinsatzkommando (SEK) und eine Operative Einheit zur Unterstützung angefordert.

Sicherheitsmaßnahmen und Einsatzverlauf

Um die Sicherheit während des Einsatzes zu gewährleisten, wurden zwei Straßen um das betroffene Gebiet abgesperrt. Der Einsatz dauerte mehrere Stunden, bis um 14:15 Uhr schließlich Entwarnung gegeben werden konnte. Ein glücklicher Umstand war, dass weder Festnahmen noch Verletzte während des Einsatzes zu verzeichnen waren.

Dieser Vorfall steht im größeren Kontext einer besorgniserregenden Entwicklung in Deutschland, bei der die „Reichsbürger“-Bewegung zunehmend in den Fokus der Sicherheitsbehörden rückt. Nach Informationen aus dem Bereich der Sicherheitsforschung gab es im Jahr 2023 insgesamt etwa 25.000 Personen, die der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene zuzurechnen sind. Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, was ein wachsendes Potenzial für gewalttätige Auseinandersetzungen impliziert.

Reichsbürgerbewegung und ihre Gefahren

Laut dem Verfassungsschutz sind rund 1.350 dieser Personen als Rechtsextremisten klassifiziert. Die Szene weist ein gewaltorientiertes Potenzial von circa 2.500 Personen auf. Im Jahr 2023 wurden dieser Gruppe 1.070 extremistische Straftaten zugeschrieben, darunter 149 Gewalttaten. Hervorzuheben sind 85 Erpressungsdelikte und ein versuchtes Tötungsdelikt, welches für die Behörden ein ernstzunehmendes Risiko darstellt.

Die Polizeibehörden stehen somit vor einer wachsenden Herausforderung, die von der „Reichsbürger“-Bewegung ausgeht. Bis Ende 2023 wurden rund 200 Mitgliedern dieser Szene die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. Über die vergangenen Jahre summiert sich diese Zahl auf mindestens 1.300 Entziehungen, was die Gefährdungslage weiter verdeutlicht.

Die Ereignisse in Saarlouis-Lisdorf zeigen, wie relevant diese

Thematik für die innere Sicherheit in Deutschland ist, und heben die Notwendigkeit für präventive Maßnahmen sowie sorgfältige Überwachung der potenziell gefährlichen Gruppen hervor. Die anhaltenden Ermittlungen und Sicherheitsmaßnahmen sind daher von zentraler Bedeutung, um das Risiko von gewalttätigen Auseinandersetzungen zu minimieren.

Für detaillierte Informationen zur „Reichsbürger“-Bewegung und deren Entwicklungen verweisen wir auf die Berichterstattung von **SOL.DE** und **Der Spiegel**, sowie auf die umfassenden Statistiken des **Verfassungsschutzes**.

Details	
Quellen	• **www.sol.de** • **www.spiegel.de**

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net